

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsgesellschaft  
Tagesblatt Riesa,  
Hermann Nr. 23,  
Postfach Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft  
Groschenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa,  
des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weißhirsbach bestimmte Blatt.

Verlagsgesellschaft  
Riesa Nr. 22.

Nr. 140.

Sonnabend, 18. Juni 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder  
nach unten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Holz- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung vor. Anzeigen  
in die Nummer des Ausgabenjahres sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für  
die 20 mm breite, 3 mm hohe Werbefläche (6 Silben) 20 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Werbefläche 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Ausschlag, feste Tarife.  
Bewilligter Rabatt erwirbt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Anspruch gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstellige Unterhaltungsbeilage  
begleitet an der Elle. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger unvorhergesehener Ereignisse des Betriebes der Druckerei, des Verlegers oder der Vertriebsanstaltungen — hat der Besteller  
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Raiser & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 23.  
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Genfer Finale.

Nichts ist symptomatischer für den Charakter dieser  
letzten 45. Ratstagung als der Verlauf der Schlussdebatte  
in der öffentlichen Sitzung am Freitag. Man wechselte  
Reden und sprach mit liebevoller Ausführlichkeit über  
Dinge, die wohl recht interessant sind, und es auch ver-  
dienen, beachtet zu werden, die aber nichtsdestoweniger  
ganz unerheblich sind und doch dann ganz plötzlich die  
Aussprache ab, als der einzige wichtige Punkt der Tages-  
ordnung behandelt werden sollte: Danzigs Protest gegen  
das polnische Munitionslager auf der Westerplatte. Die  
Dinge seien noch nicht so weit reif, sagte Chamberlain,  
die Frage wäre noch nicht genügend in den Kommissionen  
geprüft worden, so sagten die übrigen. Und deshalb,  
so meinte die Mehrheit, müsse die ganze Angelegenheit  
vertagt werden. Bis auf den September oder bis auf  
einen Zeitpunkt, wo man „näher sehen“ könne. Das Duell  
Chamberlain-Stresemann, das sich hier über die Frage,  
ob vertagt werden solle oder nicht, entspann, ist kenn-  
zeichnender für die parlamentarische Praxis des Völker-  
bundes als das, was man in diesem Forum erleben  
konnte. Herr Chamberlain als Vorsitzender dekretierte  
selbstherrlich die Vertagung, hielt jede Geschäftsordnungs-  
debatte über die Notwendigkeit dieser Vertagung für un-  
sinnlich und tat dann sehr gekränkt, als der deutsche Ver-  
treter, Herr Dr. Stresemann, ihn belehrte, daß das Verbot  
einer Geschäftsordnungsdebatte über einen Ver-  
tagungsantrag parlamentarisch ein Unfug sei. Cham-  
berlain gab nach, aber sein Nachgeben war nur eine  
Höflichkeit, eine Geste, die an der gewünschten Behand-  
lung des Gegenstandes der Debatte nichts ändern sollte.  
So konnte der Danziger Senatspräsident, Herr Sahm,  
schließlich doch noch ein Gutachten der Wünsche seiner Mit-  
glieder vom Herzen sprechen. Aber was er sagte, ver-  
haßte im Konferenzsaal. Denn der Beschluß der Ver-  
tagung der Danziger Rat lag ja für und fertig auf dem  
grünen Tisch. Was kümmert Herrn Chamberlain oder  
Herrn Boucheur die Gefahr, die der Stadt Danzig und  
seiner Bevölkerung droht? Was will es diesen Herren  
besagen, wenn in Polen dort polnischer „Militär-  
lager“ in den letzten Jahren nicht weniger als drei Munitionslager  
auf dem grünen Tisch lagen und es bei der „Sorgsam-  
keit“ der polnischen Militär-Behörden nicht unmöglich ist,  
daß auch das polnische Munitionslager auf der Wester-  
platte Danzigs der Stadt und seinen Einwohnern die-  
selbe Katastrophe bereitet, wie die in Krakau jüngsten  
Datums? Der Rat hat die Vertagung der Danziger  
Wünsche beschlossen. Man sagt, aus „juristischen“ Gründen.  
Und meint doch damit, Polen zuliebe. Das Ganze heißt:  
Völkerbundsvolksfick.

Es wäre nicht gerecht, dem deutschen Delegierten in  
Genf, Herrn Dr. Stresemann, einen Vorwurf aus diesem  
Richterstuhl zu machen. Der Reichsaußenminister  
hat sich der Wünsche Danzigs recht wacker angenommen.  
Scheute nicht eine recht scharfe Sprache, die sich Gehör  
verschaffte in dieser mühsamen Atmosphäre diplomatischer  
Völkerbunds-Courtoisie. Aber Herr Dr. Stresemann mühte  
an seiner Person das erleben, was wir als deutsches Volk  
an seiner Person erleben müssen: nämlich die Erkenntnis, daß wir  
in der Minderheit sind und daß sich an der Entente-  
Front gegen uns und gegen alles, was als deutsch an-  
gesehen werden kann, seit den Tagen der Friedens-  
verhandlungen hinter dem Stachelbock von Versailles  
noch so gut wie nichts geändert hat. Uebertrogen wir  
diese Erkenntnis auf das Ergebnis der letzten Rat-  
tagung, so haben wir den Charakter Genfs. Es ist un-  
wichtig gut, daß wir ihn erkennen.

## Noch kein Ende der Regierungstrife.

III. Dresden. Am Freitag vormittag fanden wiederum  
interaktionale Verhandlungen statt. Eine Entscheidung  
ist jedoch nicht erzielt worden, so daß nun insgesam  
die Regierungstrife nach wie vor in den Händen des  
Ministerpräsidenten liegt.

Schon bereits seit dem 11. Januar hat man gemerkt,  
daß der den Deutschen Nationalen ausgetretete Wechsel  
am 1. Juni fällig war. Man wartete wie ein leichtfertiger  
Kaufmann bis zum letzten Termin, und nun den  
Wechsel von einem Tage zum anderen, von einer Woche zur  
anderen prolongieren. Draußen im Lande wartet man mit  
kegelnber Ungehör auf die Entscheidung, denn jede Un-  
gewißheit in einer so wichtigen, die Lebensinteressen des  
ganzes Volkes berührenden Frage, beunruhigt das Wir-  
tschaftsleben.

Und was soll die Geheimnistuerei in dieser Angelegen-  
heit? Jeden Tag lautet der offizielle Wahlzettel: „Es  
haben wieder Verhandlungen statt, eine Entscheidung  
wurde nicht erzielt.“ Weshalb darf das Volk,  
weshalb dürfen die Wähler es nicht erfahren, welche ihrer  
erfahrenen Vertreter die eigene Person oder Partei über das  
Wohl des Ganzen stellen und wieder neue Schwierigkeiten  
bereiten? Vielleicht würde es mit der Regierungsumbildung  
etwas rascher gehen, wenn von der Wählerschaft ein klein  
wenig nachgeholfen werden könnte. Mit der Geheimnis-  
tuerei wird nur Gerüchten und Intrigen Tor und Tür  
geöffnet, eine Partei wird gegen die andere ausgespielt, es  
entsteht Mißtrauen und Haß — und die laubenden Dritten  
sind die Linkssozialisten und Kommunisten, die sprungbereit  
dastehen, um über das erschaltene Gefüllte herzufallen.

## Das Ende der Ratstagung in Genf.

1) Genf, 17. Juni. In Beginn der heutigen, letzten  
Ratstagung sprach der Vorsitzende Chamberlain dem heute  
auscheidenden japanischen Staatsminister Graf Ichi den  
Dank des Rates für seine 33-jährige wertvolle Mitarbeit  
in warmen Worten aus. Ichi selbst, das alte Mitglied  
des Rates, würdigte bei seinem Dank die Loyalität und  
das Friedensmerk des Völkerbundes, in das er auch die  
Verträge von Locarno mit einbezog.

Die Fragen des armenischen Siedlungsmerkes, des bul-  
garischen Flüchtlingswertes und der griechischen Flücht-  
lingsanstalts verließen der Vertagung, ebenso ein finnischer  
Antrag auf finanzielle Unterhaltung von kleinen Staaten  
im Falle ihrer Bedrohung durch einen nicht provokierten  
Angriff. Dagegen wurde auf Antrag des Finanzkomitees  
in der Frage der Doppelbesteuerung und der Steuerflucht  
beschlossen, den Bericht des Sonderausschusses den Regie-  
rungen zuzuleiten und sie zu einer im nächsten Jahre ein-  
zuberufenden Konferenz von Regierungschefsverhältnissen  
zu dieser Frage einzuladen.

Handverleihe überreichte eine Erklärung, in der er die  
Einderufung einer Pressekonferenz des Völkerbundes am  
24. 8. und die vorbereitende Arbeit hierfür begrüßt und die  
Kritik an die Bundesmitlieder vermittels wissen will,  
die Leiter der nationalen Pressebüros mit beratender  
Stimme an der Konferenz teilzunehmen zu lassen.

Im Verlauf der seit zweiwöchigen Debatte zu dem  
Vertragungsantrag in der Frage der Westerplatte kam es  
heute zum ersten mal zu einer lebhaften Redeweise, so als  
Chamberlain die vorbereiteten Darlegungen des Präsi-  
dents Sahm dadurch abzuwehren versuchte, daß er bei Be-  
ginn der Erörterungen eine Unterbrechung jedes Redewort  
ankündigte, der Ausführungen zur Materie, selbst machen  
werde, anstatt sich auf eine Stellungnahme zu dem Ver-  
tragungsantrag zu beschränken. Durch das Eingreifen Dr.  
Stresemanns, der es als unzulässig bezeichnete, die An-  
führung von Gründen aus dem eigentlichen Verhandlungsgebiet  
abzulehnen, ohne die ja dem Rat keine Argumente für oder  
gegen die Vertagung vorgebracht werden können, wurde  
diese Schwierigkeit beseitigt. Es gelang dem auch Dr.  
Sahm, seine wesentlichen Gesichtspunkte im Rahmen der  
angeforderten Ansprache vorzutragen, während der pol-  
nische Minister Strachburger bei seiner Erwiderung unter-  
brochen wurde, die übrigens gegen eine Vertagung und für  
eine alsbaldige endgültige Erledigung der Frage lautete.  
Niemals umfangreiche technische Erörterungen des Völker-  
bunds-Komitees von Samel beendeten die Auseinander-  
setzung im Sinne der Vertagung ohne Rücksicht auf die  
Danziger Wünsche, die aber durch den Verlauf dieser Ver-  
handlungen, ebenso wie die von Reichsaußenminister Dr.  
Stresemann geäußerten, dem Protokoll einverleibt wurden  
und damit einer Präjudizierung der demnächstigen Ent-  
scheidung über der Schaffung eines Status quo in dieser  
Frage vorbeugen. Chamberlain legte überdies Gewicht auf  
die Feststellung, daß der Danziger Senat volle Freiheit habe,  
gegenüber dem Reichsoberster Willkür in der Zwischen-  
zeit keine Gesichtspunkte geltend zu machen.

## Ueber das Ergebnis der Tagung.

1) Genf. Der übliche offizielle Teil des Programms  
ist in der vorgelegenen fünfseitigen Preis erledigt worden.  
Die betreffenden Ansprachen, die für uns besondere Be-  
deutung haben, sind durch die Erfrankung Brindis vor-  
zeitig abgebrochen worden. Das Tagungsergebnis läßt sich  
schon heute übersehen. Dabei darf man nicht in den Fehler  
verfallen, die üblichen Tagungsvorgänge allzusehr durch die  
deutsche Lage zu besetzen; denn der Kreis unserer Sonder-  
interessen geht neben uns doch nur einen Teil der verlam-  
melten Weltmacht an. Die Frage der Wirtschaftskonferenz  
muß in diesem Sinne vorangestellt werden, und ihre Be-  
handlung verdient entschiedene Anerkennung als ein wich-  
tiger Schritt nach vornwärts auf dem Wege zu einer ver-  
nünftigen Wirtschaftspolitik. Die Abrüstungsfrage ist frei-  
lich nicht weiter gekommen. Das war auch nicht zu erwar-  
ten. Aber wenigstens hat man Gelegenheit gehabt, die  
deutsche Meinung, die ja durch das Wirken des Grafen  
Berkhoff in Genf nicht unbekannt ist, recht angemessen  
zu vernehmen.

## Aus den Landtagsausschüssen.

III. Dresden. Im Haushaltsausschuß A fanden gestern  
vormittag die Abstimmungen über den Haushaltsplan statt. Es  
lagen dazu über 60 Anträge vor, von denen die meisten von  
den Linksparteien gestellt worden waren und deren agita-  
torischen Bedürfnissen entsprachen. Sie wurden insgesam  
von den Rechtsparteien abgelehnt, während die Anträge Dr.  
Geisler (DVP.) und Siebert (DVP., Bp.) Annahme fanden.  
Antrag des Abg. Koinig (DVP.) auf Beibehaltung der jetzigen  
Regierung der Polizeikommission wurde gegen sechs Stimmen an-  
genommen; gegen ihn stimmten die Deutschen Nationalen, die  
Wirtschaftspartei und die Aufwertungsgruppe.

Darauf wurde die Vorlage Nr. 13 genehmigt, welche  
82 Millionen Mark als Nachtrag zum außerordentlichen  
Haushaltsplan auf das Rechnungsjahr 1926 zum sofortigen  
Rückzahlung als Darlehen für Gemeinden, Bezirkskör-  
per und u. v. m. vorlegt.

Ueber das Kapitel 82, Kunstwerke betr., berichtete Abg.  
Kainzer (DVP.), ebenso über einige Ausgaben aus Kreisen

Die Frage der Herabsetzung der Zahl der jährlichen  
Ratstagungen blieb zwar unerledigt, wird aber im Sep-  
tember, wo man ohnehin hierher hätte kommen müssen, in  
der Bundesversammlung behandelt werden. Das Ergebnis  
ist angefangen der Meinungsverschiedenheiten schon in dem  
kleinen Kreise des Rates nicht vorherzusehen.

Die deutschen Erfolge ist die erfolgreiche Beilegung des  
Remer-Konflikts, die sichere Erledigung unseres Wünsche  
in Bezug auf die Teilnahme an der Mandatskommission  
und ein gewisser moralischer Erfolg der Danziger Debatte  
zu buchen. In der Frage der Ostbesetzung, die nicht  
zur Tagesordnung kam, aber zu einem für uns wichtigen  
Punkte der Redenbesprechungen gehörte, scheint ein Wis-  
sel der Meinungen, während die Truppenüberziehung im  
Rheinlande auf dem Wege der diplomatischen Verhandlungen  
verwirrt wurde. Die Gegenpartei machte dafür u. a. den  
Grund geltend, daß eine Erfüllung solcher Erwartungen  
nicht den Charakter eines Genfer Handels tragen würde,  
ein etwas schwaches Argument wie alle, die irrenweise zur  
Verschiebung dieser Frage angewendet werden.

In Bezug auf den albanischen Konflikt scheint vollkom-  
menes Einvernehmen der an der Aufrechterhaltung des  
Friedens interessierten Hauptmächte erreicht zu sein. Die  
Frage aber, die schwebend alle andern überdachtete, als  
man nach Genf kam, die russische, hat hier schließlich eine  
Wendung bekommen, die zur Beilegung der deutschen  
Völkerbundsfrage beitragen kann: keine Nimmfunktion unter  
an irgendwelchen antragsreichen Ländern anderer Länder,  
volle Handlungsfreiheit für Deutschland, aber auch volle  
Freiheit zur Kritik gegenüber Mißbräuchen, die uns so  
gut wie andere betreffen. Man wird in Moskau diese  
Situation verstehen und abschlägig Interpretationen und  
Verhandlungen unterlassen müssen, an denen Deutschland  
ausdrücklich im Interesse des Friedens und in dem vollen  
Ausmaß seiner vertraulichen Bindungen nach beiden  
Seiten hin teilnimmt.

## Die deutsche Delegation zum Konferenzende.

Genf. (Telunt.) Von Seiten der deutschen Dele-  
gation wird heute nochmals nachdrücklich allen Forderung-  
en entgegengetreten, nach denen in Genf über eine ante-  
riorische Einheitsfront gesprochen worden wäre. Zu der  
Herabsetzung der Besatzungstruppen und der Kontrolle der  
Ostbesetzungen wird erklärt, daß eine endgültige Regelung  
zur Zeit noch nicht so weit erzielt worden sei, um darüber  
abstimmendes sagen zu können. Zur Diskussion dieser Fra-  
gen wird sich in nächster Zeit noch Gelegenheit in Berlin  
bieten. Man dürfe jedoch annehmen, daß die Frage der Ost-  
besetzung endgültig geregelt werden könne. Es wird wei-  
ter mitgeteilt, daß während der Tagung eine Beratung der  
Besatzungsmächte vorzugehen war, die insofern Brände vor-  
zeitiger Abreise nicht mehr stattfinden konnte.

## Die Abreise der Delegierten.

Genf. (Telunt.) Im Laufe des gestrigen Abends  
haben bereits zahlreiche Völkerbundsdelegationen Genf ver-  
lassen. Auch Paul Boncour fuhr gestern abend nach  
Paris zurück. Dr. Stresemann dagegen verbleibt noch heute  
zu seinen Besprechungen in Genf und reist erst am Sonntag  
früh nach Berlin ab, um dort am Montag vormittag einzu-  
treffen. Auf Wunsch Dr. Stresemanns wird das Kabinett  
noch im Laufe des Montag seinen Genfer Bericht entgegen-  
nehmen.

Der Völkerbundsrat wird am 1. September in Genf  
wieder zusammentreten. Die Völkerbundsversammlung  
wird zum 5. September einberufen.

## Chamberlain bei Stresemann.

Genf. (Funflich.) Der englische Staatssekretär für  
Außenere Sir Austen Chamberlain hat heute vormittag  
um 10 Uhr Reichsaußenminister Dr. Stresemann am Ein-  
gang der deutschen Delegation aufgesucht. Die Unterredung na-  
um 11,30 Uhr noch nicht abgeschlossen.

der Kunstfertigkeit, sowie um Weitergewährung von Mitteln  
zur Erhaltung der Kunstkirche in Annaberg.

Die Regierung gab eingehende Auskunft über die Ver-  
wendung der Mittel zur Förderung der Kunst und zu Not-  
hilfsmassnahmen für die gesamte Kunstfertigkeit, über welche  
von einem akademischen Komitee verfügt wird. Die Mittel für  
die Erhaltung der Kunstkirche, für welche sich der Abg. Claus  
(Dem.) einsetzte, können nur so weit gewährt werden, als für  
das wirkliche Kunstwerk in Frage kommen; darüber hinaus-  
gehende Wünsche müßten von anderer Seite getragen werden.  
Für die Volkshausbewegung seien im Vorjahr 2000 M.  
an den Bühnenwettbewerb und 2000 M. an die Freie Volk-  
bühne nach der Stärke der Verbände verteilt worden. Weiter-  
gehende Wünsche auf Verbilligung von Eintrittspreisen wür-  
den den Haushaltsplan so außerordentlich belasten, daß sie  
für den Staat untragbar wären.

Zu besonderen Fragen sprachen noch die Abg. Claus  
(Dem.), Dr. Geisler (DVP.), Wörcher (DVP.), Döberl  
(DVP.) und Liebmann (DVP.). Schlichtung wurde das  
Kapitel der Vorlage gemäß verabschiedet unter Einwirkung  
einer Summe von 25 000 Mark für die Kunstwerke.